

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise. Verantwortlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 6909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 228 B

BERLIN • Mittwoch, den 28. September 1932

I. JAHRGANG

# Nazis markieren Angriff gegen Papen

## Die Internationale der Klassenrichter.

### Aus der Praxis der Exterritorialität.

Man wird aus der deutschen Presse über den Fall Rüg (oder Noulens) gehört haben! Es handelt sich um den Schweizer Paul Rüg und seine Frau Gertrud, die seit über einem Jahr in einem chinesischen Gefängnis sitzen, und gegen die jetzt im Juli die Gerichtsverhandlung in Nanking eröffnet worden ist. Sie stehen unter der Anklage, durch kommunistische Propaganda in China „die Sicherheit des Staates gefährdet“ zu haben, ein Vergehen, das die Macht-haber in China meistens mit dem Tode zu bestrafen pflegen.

Es scheint allerdings, daß im Fall der Rüggs ein Abweichen von der allgemeinen Regel zu erwarten ist. Als beide im Juni vorigen Jahres innerhalb der Shanghai-Internationalen Niederlassung durch deren Polizei verhaftet und allen Bestimmungen zum Trotz an ein chinesisches Militärgericht ausgeliefert worden waren, da schien es fast sicher zu sein, daß ihre Tage gezählt sind. Aber es kam anders: das Militärgericht mit seinem unvermeidlichen Todesurteil wurde vom Programm gestrichen, und statt dessen ein Zivilgericht mit dem Namen „Die Internationale der Klassenrichter“ nicht ganz durchsichtig. Es ist möglich, daß die aus der ganzen Welt nach China geschickten Protesttelegramme eine Wirkung gehabt haben. Namhafte Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, Juristen und Parlamentarier aus Amerika und Europa (zumeist aus Deutschland) haben sich an diesen Kundgebungen beteiligt und es jedenfalls erreicht, daß „ein Mann namens Noulens und seine angebliche (!) Frau“ (die unter britischer Führung stehende Polizei Shanghai hat den in ihrer Geschichte einzig dastehenden Fall der Auslieferung eines Ausländers an chinesische Behörden dadurch zu beschönigen versucht, daß sie nur im verächtlichen Ton von einem „Mann“ und seiner „angeblichen Frau“ sprach!) nicht sang- und klanglos erschossen werden konnten. Hinzu kommt, daß das Beweismaterial anscheinend nicht ausreicht, um die Anklage zu stützen.

Rüg war Sekretär des (kommunistischen) Pan-Pazifischen Gewerkschaftsbundes (das wird auch von ihm nicht bestritten) und soll von Shanghai aus die kommunistische Bewegung in China und dem gesamten Fernen Osten geleitet haben. Insbesondere soll er für das Hervortreten der kommunistischen Agitation im britischen Singapur verantwortlich sein. „Die Polizei der Internationalen Niederlassung und die chinesischen Behörden glauben, daß durch den Arrest dieses Paares (der Rüggs) eine der verbreitetsten und gefährlichsten kommunistischen Organisationen entlarvt und unschädlich gemacht worden ist“, hieß es kurz nach der Verhaftung. Es scheint nun, daß das der Polizei in die Hände gefallene Material nicht von der Art ist, daß es die kommunistische Tätigkeit Rüggs eindeutig enthüllt. Gefälschte Pässe, ein Bankguthaben von 47.000 Dollar und das Fehlen einer polizeilich zulässigen Beschäftigung genügen nicht, um eine Hinrichtung zu rechtfertigen! Von Rüg und seinen Freunden wird behauptet, daß die Shanghai-Polizei daher gefälschte Dokumente verfaßt und untergeschoben hätte. Der Shanghai-Rechtsanwalt Dr. O. Fischer ist jedenfalls der Ansicht, daß die Art und Weise, in der die Polizei jene Rüg belästigenden Schriftstücke beschlagnahmt hat, äußerst fragwürdig ist und nicht die geringste Garantie dafür bietet, daß Fälschungen und Unterschleibungen ausgeschlossen sind. Es handelt sich da besonders um zwei verschließbare Kästen, die die Polizei in Abwesenheit der Angeklagten erbrochen hat. Die Tatsache dieses durchaus unzulässigen Vorgehens der Polizei ist in der Anklageschrift nicht erwähnt, wo im Gegenteil behauptet wird, daß jene Kästen mit einem Schlüssel geöffnet worden sind, die man bei Rüg gefunden hat. Da man die Shanghai-Internationale Polizei vernünftigerweise nicht unter den Verdacht stellen kann, in der Behandlung krimineller Dinge unerfahren zu sein, so liegt jedenfalls ein durchaus glaubwürdiger Verdacht vor, daß sie in ihrem Vorgehen gegen Rüg mit Fälschungen gearbeitet hat. Die Absetzung des Militärgerichts und die Abhaltung eines wenigstens scheinbar gesetzlichen Verfahrens stützen diesen Verdacht.

Der schwerste Vorwurf gegen Polizei und das chinesische Gericht liegt jedoch im Verhalten dieses Gerichtes, das dem Angeklagten das Recht abgesprochen hat, eine unparteiliche und sachkundige Verteidigung zu haben. Offenbar mit der Absicht, die Teilnahme eines ausländischen Rechtsanwalts zu verhindern, wurde der Fall dem Gericht in Nanking übergeben, was im Gegensatz zu dem chinesischen Gericht in Shanghai

## „Revolutionäre“ beim Staatsgerichtshof.

Kube hat gegen Kerrl geklagt, genauer: die nationalsozialistische Preußenfraktion (Vertreter Kube) hat beim Staatsgerichtshof Klage gegen den preußischen Landtag (Vertreter Kerrl) eingereicht. Auf diesem Wege soll die unter Braun-Severing beschlossene Änderung der Geschäftsordnung des Landtags rückgängig gemacht werden: der Staatsgerichtshof soll erklären, daß die jetzige Geschäftsordnungsbestimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten verfassungswidrig sei.

Das Ganze scheint uns ein aussichtsloses Manöver zu sein. Der fragliche § 20 der Geschäftsordnung des Landtags bestimmt in seiner jetzigen Fassung, daß als Ministerpräsident gewählt ist, „wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält“. Es ist nicht einzusehen, wieso diese Bestimmung im Widerspruch stehen soll zu Artikel 45 der preußischen Verfassung: „Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten.“ Denn dieser Artikel läßt offenbar das Verfahren dieser Wahl völlig offen.

Die nationalsozialistischen Argumentationen sehen denn auch recht kraus aus; z. B. so: „Der Ministerpräsident ist nach der Verfassung ein lebensnotwendiges Organ des Staates. Dieser Natur widerspricht jede Erschwerung seiner Bildung (!) ...“

Natürlich handelt es sich um ein rein politisches Manöver. Die schwarz-braune Ehe ist einstweilen weder im Himmel noch in Preußen geschlossen worden. Die schwarz-braune Koalition wäre aber die einzige, die in diesem Landtag über eine absolute Mehrheit verfügen würde. Also besteht bei der gegenwärtigen Bestimmung über die Ministerpräsidentenwahl keine Aussicht, daß die Nazis diesen Posten bekommen. Daher ihr Bestreben, die Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß in der Stichwahl die einfache Mehrheit für die Wahl des Ministerpräsidenten genügt.

Die Klage beim Staatsgerichtshof ist also ein politischer Vorstoß gegen Papen-Bracht, kein sehr wirksamer; sondern einer, der Herrn Papen und Herrn Bracht nicht viel mehr als ein Lächeln entlocken wird. Denn beim Staatsgerichtshof liegt die Sache in guten Händen, sowohl, was den Termin der Erledigung angeht als auch sonst. Das liegt so auf der Hand, daß man sich kaum vorstellen kann, daß Kube die ganze Aktion ernst nimmt. Um was handelt es sich also? Um Sand, den man bei der Wahlagitation in die Augen der Dummen streuen will, indem man ihnen erzählt, daß man im Kampf gegen Papen-Bracht bis vor den Staatsgerichtshof geht?

## Herriots Sicherheitsvorschläge.

### „Eine internationale Armee im Dienste des Rechts.“

Die ersten Meldungen, die in der deutschen Presse über die Rede Herriots aufgetaucht sind, weisen große Gegensätze und Unklarheiten auf. Eine Vergleichung dieser Berichte mit dem genauen französischen Text der Rede ergibt, daß die verschiedenen Übersetzer je nach Temperament und Laune und nach dem Grad nationalsozialistischer Verblödung ganz verschiedene Stellen einer genauen Wiedergabe für wert gehalten haben. So sind vor allem die entscheidenden Ausführungen Herriots über die Maßnahmen, die er selber zur Sicherung des Friedens für geboten hält, bisher durchweg entstellt wiedergegeben. Da auch der Auszug, der uns bis gestern zur Berichterstattung vorlag, in diesem Punkt unvollständig war, bringen wir die entscheidenden Gedankengänge dieses Teils der Rede im folgenden noch einmal.

Herriot erklärt bei der Interpretation des Artikels 8 des Völkerbündepaktes:

„Es scheint manchmal, daß diese Verbindung von Sicherheit und Abrüstung eine Art rückständiger Anschauung ist, ein böswilliger Vorwand. Daß sie die These der radikalen Partei ausdrückt, daran kann man nicht zweifeln. Aber wer könnte die bemerkenswerte Antwort vergessen, die die sozialistische Partei unseres Landes im Jahre 1917 auf den Stockholmer Fragebogen gegeben hat, mit der Unterschrift von Persönlichkeiten, die geeignet sind (die Partei zu vertreten) — diese Antwort über die Ziele des Krieges und über die Organisation oder, wie diese Erklärung sich ausdrückte, den „Inhalt“ des Friedens?“

Die Schaffung einer großen internationalen Armee im Dienste des Rechts bleibt, so sagte dieses Dokument, das höchste Ziel des Völkerbundes.

Achtung vor den internationalen Verträgen, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Schiedsgerichtsbarkeit, militärische und wirtschaftliche Sanktionen, das sind die Elemente, die für die

Lösung des Problems erforderlich sind. Nur zu diesem Preis wird ein Friedensregime zustandekommen können ...“

Wie Herriot weiter berichtet, kritisiert das sozialistische Manifest von 1917 die Vorschläge eines Völkerbundes, der den Frieden nur auf die Schiedsgerichtsbarkeit gründen will, als ungenügend, da sie nicht geeignet seien, die Sicherheit, nach der die Völker sich am meisten sehnten, zu gewährleisten. Erst das im Manifest geforderte „organisierte Regime des Friedens“ schließe die völlige Ausschaltung der Gewalt als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte ein. „Unter dem Schutz von Garantien“, — so zitiert Herriot das Manifest — „dieses Regime mit sich bringt, aber einzig und allein unter diesem Schutz können sich die Völker alle zusammen, in einer geschlossenen Bewegung, auf den Weg der Verringerung der Rüstungen begeben.“

Herriot fährt fort: „Ich habe diese Antwort bewundert und bewundere sie noch. Diese Auffassung, so entschieden ausgedrückt, ist die unsrige. Wenn sie befriedigt worden wäre, könnte der Artikel 8 des Paktes volle Anwendung finden. Die Verringerung der Rüstungen würde ohne Schwierigkeiten vor sich gehen. Ein Regime gegenseitiger Kontrolle würde die Durchführung der Abrüstung sichern. In dieser gegenseitigen Sicherung des Friedens würde die Lösung des von Deutschland aufgeworfenen Problems nicht stören.“

Nach diesen Ausführungen ist also der Weg, den Herriot zur Sicherung des Friedens vorschlägt, deutlich durch die folgenden Schritte gekennzeichnet:

1. Schaffung einer großen internationalen Armee im Dienste des Rechts.
2. Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit, militärischer und wirtschaftlicher Sanktionen, wodurch die Achtung vor den internationalen Verträgen gesichert und die Abschaffung der Geheimdiplomatie erreicht werden soll.
3. Im Schutz dieser Maßnahmen Abrüstung aller Staaten unter gegenseitiger Abrüstungskontrolle.

keine fremden Verteidiger zuläßt. Das Shanghai-chinesische Gericht war aber zweifellos zuständig, denn es befindet sich am Ort des „Vergehens“. Trotz eines Hungerstreiks von über 14 Tagen gelang es den Angeklagten nicht, nach Shanghai übergeführt zu werden. Man kann diese Weigerung der chinesischen Behörden nicht anders verstehen, als daß es sich für sie darum handelt, die im Shanghai-Gericht unvermeidlich größere Öffentlichkeit der Verhandlungen und das ganz andere Auftreten eines ausländischen Verteidigers (sein chinesischer Kollege in Nanking riskiert seine Laufbahn, wenn er sich unbeliebt macht!) unter allen Umständen zu vermeiden. Dr. Fischer ist es nicht einmal gestattet worden, an einer solchen Stelle im Zuschauerraum zu sitzen, wo er die Verhandlungen deutlich genug hören konnte. Und seinem chinesischen Assistenten, der einige Zwischenfragen stellte,

wurde durch Händewinken zu verstehen gegeben, sich hinzusetzen und still zu sein.

Kennzeichnend dafür, wie sich hier Imperialisten und Kuomintang-Reaktionäre die Hände reichen, um einen Gegner durch alle Mittel zu vernichten, ist auch das Verhalten der englischen Presse Shanghai. Die sonst so beredten Verfechter der Exterritorialität (Unabhängigkeit der Ausländer, soweit sie Angeklagte sind, von den chinesischen Gerichten) schweigen, obgleich sich hier eigentlich ein glänzender Fall bieten würde, die Unzulänglichkeit des chinesischen Gerichtswesens zu demonstrieren. Als neulich ein wegen Trunkenheit zu 10 Tagen Gefängnis verurteilter Shanghai-Russe (Deutsche und Russen besitzen nach dem Krieg keine Exterritorialität mehr) dort angeblich wegen Mißhandlungen gestorben war, da erhob sich ein Sturm von Protesten. Mit einem geradezu verdächtigen

Eifer nahmen sich britische und amerikanische Redakteure dieses Säufers an, der im übrigen gewiß eine harmlose Gestalt sein mag. Im Fall R ü g g, der als Schweizer Exterritorialität besitzt, jedoch vom Schweizer Konsulat nicht anerkannt wurde, geht dieselbe Presse mit einer Kühle und „Uninteressiertheit“ vor, die deutlich zeigen, daß sie, ohne es natürlich einzugestehen, dem Gericht in Nanking gern die schmutzige Arbeit überläßt. —

Ein anderer Fall, der ebenfalls Licht wirft auf das Thema „Exterritorialität und Klassenjustiz“, ereignete sich ebenfalls neulich in Shanghai. Das „Staats-Departement“ der Vereinigten Staaten von Amerika hat dem Herausgeber und Schriftleiter der in Shanghai erscheinenden Wochenschrift „China Forum“ (englisch), dem amerikanischen Staatsangehörigen H. R. Isaacs, die Warnung zukommen lassen, daß es ihm den exterritorialen Schutz versagen würde, wenn die chinesischen Behörden gegen ihn vorgehen. Das „China Forum“ ist eine seit Januar dieses Jahres erscheinende Zeitschrift, die eine sehr scharfe kommunistisch orientierte Agitation gegen Imperialismus und Kuomintang-Reaktion geführt hat. Sie war infolge der Exterritorialität des Schriftleiters sowohl für die chinesischen Behörden als auch für das amerikanische Konsulargericht in China unangreifbar (es lag keine Verletzung amerikanischer Gesetze vor). Was nun so manchem Opiumschmuggler das Geschäft geschützt hat, durfte den Klassen-

gegner nicht schützen: daher jene erstaunliche Drohung aus Washington, die das Argument desselben „Staats-Departements“, daß es nämlich das Fehlen unabhängiger Gerichte in China sei, das die Aufrechterhaltung der Exterritorialität notwendig mache, in ein eigentümliches Licht stellt!

Durch diese beiden Fälle — den von R ü g g und den des „China Forum“ — kommt sehr deutlich zum Ausdruck, wie nun auch in China der ursprünglich alles beherrschende nationale Gegensatz zwischen den westlichen Imperialisten und dem chinesischen Volke abgemildert oder durchkreuzt wird durch einen Klassengegensatz:

es findet eine Annäherung statt zwischen den Bourgeoisien beider Parteien, insofern sich beide bedroht fühlen durch den revolutionären Klassengegner.

Mag man daraus den Schluß ziehen, daß auch eine noch engere Zusammenarbeit beider Bourgeoisien im Interesse der Unterdrückung der Revolution in China, eine Zusammenarbeit, wie sie durch eine militärische Intervention gegeben wäre, nicht ausgeschlossen ist. Die herrschende Klasse Chinas erweist sich nämlich immer weniger und weniger fähig, mit dem an Umfang rapide zunehmenden Aufstand in Mittelchina fertig zu werden, und eine militärische Hilfe des Westens wäre nicht nur ein Akt der „Freundschaft“, sondern geradezu eine Lebensfrage für die Imperialisten selber, die Gefahr laufen, den „Markt“ zu verlieren. A. B. (Schanghai).

## Das Urteil im Brüner Prozeß.

Seit Anfang August wird in Brünn gegen die ersten sieben der verhafteten sudetendeutschen Nationalsozialisten verhandelt, die als Angehörige des aufgelösten Wehrverbandes „Volksport“ und eines ebenfalls aufgelösten nationalsozialistischen Studentenbundes vom tschechoslowakischen Staat wegen Landesverrats angeklagt waren. Die Anklage ging dahin, daß die verhafteten in enger Zusammenarbeit mit der NSDAP versucht hätten, die Sudetendeutschen dem Deutschen Reich einzugliedern. Die Angeklagten behaupteten demgegenüber, daß sie keine organisatorische Verbindung mit den deutschen NS gehabt hätten, und daß ihr Ziel lediglich die Selbstverwaltung der Sudetendeutschen im Rahmen der Tschechoslowakei gewesen sei.

Die wochenlangen Verhandlungen haben zu keiner Klärung geführt. Die Staatsanwaltschaft suchte ihre Anklage durch die Verlesung beschlagnahmter Materials zu beweisen, das zentnerweise angeschleppt wurde und dem Gericht völlig ungeordnet vorlag. Die Beweisanträge der Verteidiger wurden in Bausch und Bogen zurückgewiesen.

Am Sonnabend, dem 24. September, wurde morgens das Urteil verlesen. Es erklärt:

„Die sieben Angeklagten sind schuldig, sich seit den Jahren 1930, 1931 und 1932 in einigen Orten der tschechischen Republik zu Anschlägen auf diese vereinigt zu haben und zu demselben Zwecke in unmittelbare oder mittelbare Verbindung mit fremden Faktoren getreten zu sein und haben zu demselben Zweck bewaffnete Kräfte gesammelt, organisiert und ausgebildet, wodurch sie sich des Verbrechens gegen § 2 des Schutzgesetzes strafbar machten.“

Die Angeklagten sind daraufhin zu Gefängnisstrafen von ein bis drei Jahren verurteilt worden. Die etwa halbjährige Untersuchungshaft wird ihnen angerechnet.

Die Verteidiger werden Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung einlegen.

### Aus der Urteilsbegründung:

Zur Frage des Ziels der aufgelösten Verbände führt die Urteilsbegründung aus: Das im Programm offiziell angegebene Ziel, die Erringung der sudetendeutschen Selbstverwaltung und der Einordnung der Tschechoslowakei in ein mitteldeutsches Staatensystem, bedrohe allerdings die Souveränität und den Bestand des tschechischen Staates nicht. Da aber die Ziele der reichsdeutschen nationalsozialistischen Partei im Gegensatz hierzu ausdrücklich die Errichtung eines deutschen Nationalstaates unter Einschuß aller geschlossenen wohnenden Deutschen in Europa einschließe, so sei anzunehmen, daß die legalen Ziele der tschechischen Verbände nur vorgeschoben seien, zumal die gemeinsame Organisation und die Uebereinstimmung hinsichtlich der Ziele der beiden nationalsozialistischen Parteien durch das Nationalsozialistische Jahrbuch für 1932 (Braunes Haus, München) bestätigt werde, wie auch durch die von den Angeklagten herausgegebenen Druckschriften, in denen Artikel führender reichsdeutscher Nazis wiedergegeben seien und Hitler im Profilbild als Führer der Bewegung gezeigt werde.

Der militärische Charakter der aufgelösten Verbände sei zwar durch das im Prozeß vorgebrachte Material nicht erwiesen worden. Das Gericht könne aber nach dem Gutachten der militärischen Sachverständigen nicht daran zweifeln, daß die den Angeklagten zur Last gelegten militärischen Übungen stattgefunden hätten. Denn die Sachverständigen hätten ausdrücklich erklärt, daß sie von diesen Dingen auf Grund der Geheimmitteilungen des tschechischen Generalstabs Kenntnis erhalten hätten. Aus diesen Gutachten gehen hervor, daß die Ausbildung in den sudetendeutschen nationalsozialistischen Verbänden dieselbe sei, wie die der reichsdeutschen SA, daß ferner das Zusammengehen von SA und deutscher Reichswehr auf Grund eines genauen Plans vorbereitet sei, so daß gegebenenfalls eine Einordnung der SA in die Reichswehr möglich sei. Denselben Zweck habe die Ausbildung der „Volksport“ gedient.

Da die Angeklagten sämtlich akademisch vorgebildet seien, so sei nicht anzunehmen, daß sie von den wahren Zielen ihrer Organisationen nichts gewußt hätten und sich durch die vorgeschobenen Programme hätten täuschen lassen. Sie seien daher sämtlich im Sinn des § 2 des Gesetzes zum Schutz des tschechischen Staates schuldig.

Durch diesen Prozeß, der mit offensichtlich unzulässigen Methoden gearbeitet hat, hat sich die tschechische Regierung die Wirkung ihres berechtigten Einschreitens gegen die Nationalsozialisten wahrscheinlich verschert. Die Auflösung des „Volksports“ und des Studentenbundes wären mit dem Hinweis auf die verheerenden Folgen der Nazi-Propaganda in Deutschland vollauf gerechtfertigt gewesen; mit der scharfen Verurteilung der Angeklagten, die sich auf zweifelhafte Grundlagen stützt, schafft die Regierung nur Märtyrer, und das dient immer der Propaganda für den Gegner.

## Kommunistische Mehrheit in Sofia.

Bei den Gemeinderatswahlen in Sofia am Sonntag erhielten die Kommunisten die absolute Mehrheit. Sie erhielten 21 von den 35 Stadtratssitzen; der Regierungsblock der Bauern und Demokraten erhielt 11, die Rechtsopposition des Massenmörders Zankoff nur 3 Sitze.

Die Telegraphen-Union berichtet, daß „man damit rechne, daß die Arbeiterpartei (zu der die Kommunisten gehören, Red.) aufgelöst werden würde, da man die Hauptstadt eines monarchistischen Landes nicht durch Kommunisten verwalten lassen könne“.

Das ist jedenfalls eine für Deutsche nicht verständliche Begründung. Denn der deutsche Innenminister, der also nicht nur die Hauptstadt, sondern das ganze Land verwaltet, und zwar eine Republik, ist ein Monarchist, ohne daß seine Verneiner, mit deren Hilfe er an die Macht gekommen ist: die Nazis und die anderen — ebenfalls nicht republikanischen — aufgelöst worden wären. Aber da die Telegraphen-Union so viel Verständnis hat für die Notwendigkeit einer Harmonie zwischen der Verfassung eines Landes und der Gesinnung seiner Minister, macht sie vielleicht mal den Vorschlag, alle Monarchisten aus der deutschen Verwaltung zu entfernen. Wir fürchten nur, daß dann diese Verwaltung völlig verwaisen würde.

Und die T.-U. will natürlich auch nicht staatspolitische Grundsätze vertreten, sondern eine kleine Kommunistenhetze einleiten, was hier angezogen werden soll. — Treudeutsche Biedermänner, diese Hugenberg-Schreiber.

## Nazi-Waffenlager in der Steiermark.

Aus Judenburg (Steiermark) wird gemeldet, daß die dortige Sicherheitswache in der Wohnung eines nationalsozialistischen Angestellten die folgenden Waffen gefunden hat: 1. Maschinengewehr, 20 Militärgewehre, 1 Karabiner, fast 1000 Schuß Gewehrmunition, 6 Gurte Maschinengewehrmunition, 16 Patronentaschen, 76 Stahlruten.

# Der Wettkampf der Rüstungen.

## Herriot und die deutsche Presse.

Zwei Punkte aus der Rede Herriots sind es vor allem, die in der nationalistischen deutschen Presse den Entrüstungssturm entfesselt haben:

Herriots Hinweis auf die weitgehenden französischen Abrüstungen, der gewiß einer Zurückweisung bedarf, und Herriots Angriff auf die deutschen Aufrüstungspläne, der berechtigt ist.

Im Zusammenhang mit dem ersten Punkt ist es amüsant zu beobachten, welcher Beliebtheit sich plötzlich der französische Sozialist Léon Blum erfreut, der Herriots Uebertreibungen im „Populaire“ angegriffen hat. Sogar die „Berliner Börsenzeitung“, deren Wohlwollen Blum sonst gewiß nicht besitzt, zitiert ihn liebevoll und ausführlich.

Für die Behandlung der Wehrfrage in Deutschland ist der zweite Punkt weit wichtiger und erster. Die deutschen Zeitungen der Rechten und der Mitte, ja, selbst Arbeiterblätter, wie die Zeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, beschwerten sich fast einstimmig darüber, daß Herriot auf die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung nicht eingehe, sondern diese „gedanklich klare Forderung“ so auslege, als verlange Deutschland die Aufrüstung. In den deutschen Äußerungen sei doch immer wieder die Bereitschaft zur Teilnahme an Abrüstungsmaßnahmen im Rahmen der Gleichberechtigung betont worden.

Es ist dieselbe Argumentation, die Neurath in seinen jüngsten Artikeln breitgetreten hat (Vergleich darüber: „Der Funke“, vom 24. September). Wie in diesen Neurath'schen Artikeln, so fehlt auch in dem jetzigen Pressefeldzug jedes Verständnis dafür,

1. daß der deutsche Wehrminister unter Billigung der Reichsregierung ausdrücklich

die Aufrüstung angekündigt

hat für den Fall, daß Deutschland die „Gleichberechtigung“ nicht zugestanden wird,

2. daß diese angebliche Gleichberechtigung, die auf ein Gleichgewicht der nationalen Rüstungen abzielt, die Sicherheit keines Staates gewährleisten, sondern einen labilen Zustand schaffen würde,

## Abbruch von Gandhis Hungerstreik.

Die englische Regierung hat schon am Montag bekanntgegeben, daß sie mit der von den Hindus und Parias vorgeschlagenen Regelung des Wahlsystems der Parias einverstanden sei. Daraufhin hat Gandhi den Hungerstreik abgebrochen.

Gandhi hat es sich jetzt zur Aufgabe gemacht, die „Unberührbarkeit“ der Parias aufzuheben, d. h. er will die orthodoxen hinduistischen Gebräuche aus der Welt schaffen, die zu der fürchterlichsten Unterdrückung der Parias geführt haben. Hindus der höheren Kasten haben erklärt, daß die Parias in Zukunft alle Tempel und Schulen sowie sämtliche Brunnen und Straßen benutzen dürften. Gandhi droht mit der Wiederaufnahme des Hungerstreiks, wenn das Pariatum nicht verschwindet.

Auf Anordnung des Präsidenten des Allindischen Kongresses begann am Dienstag eine „Gandhi-Woche“, die einem großen Werbefeldzug gegen die Unterdrückung der Parias dienen soll. Mittels dieses Feldzuges sollen drei Millionen Mark gesammelt werden.

Das Königreich Irak, das bisher englisches Mandatsgebiet war (d. h. das als angeblich „unmündiger“ Staat der Vormundschaft Englands anvertraut war), hatte an den Völkerbund das Gesuch gerichtet, von dieser Vormundschaft befreit und als souveräner Staat in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Der Völkerbundsrat hat dem Gesuch zugestimmt; die Vollversammlung des Völkerbundes muß den Antrag endgültig anerkennen.

Der österreichische Sicherheitsminister, Dr. Ach, hat den Bundeskanzler gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit dem Bundespräsidenten zur Amtsenthebung zu empfehlen. Wie es heißt, hat die Regierung Dollfuß bereits am Montag dem Wiener Heimwehrführer Major Fey die Uebnahme des Sicherheitsministeriums angeboten. Diese Verhandlungen, die dem Heimatblock einen stärkeren Einfluß im Kabinett sichern sollen, sind noch nicht abgeschlossen.

1400 chinesische Beamte sind aus der Mandschurei ausgewiesen worden, weil sie sich geweigert haben, der mandschurischen Regierung den Treueid zu schwören. Wahrscheinlich werden weitere Ausweisungen folgen.

der bei dem kleinsten nationalistischen Anstoß ins Chaos neuer Kriege zusammenbrechen könnte,

3. daß das vom Nationalismus durchseuchte Deutschland wie kaum je ein anderes Land voll ist von der Vorbereitung solcher Anstöße,

4. daß nach alledem

von einem Recht auf die gleiche nationale Wehrmacht für jeden Staat nicht die Rede sein kann,

5. daß Herriot daher mit Recht diesen Scheinanspruch auf Gleichberechtigung als das behandelt, was er seinen Konsequenzen nach ist: als den Anspruch, sich am Wettkampf der nationalen Rüstungen — möge er nun in Genf oder in den Fabriken der Rüstungsindustrie ausgefochten werden — ungehindert beteiligen zu können, und daß er mit Recht den hier drohenden Gefahren gegenüber die entscheidende Forderung der Sicherung des Friedens durch internationale Schiedsgerichte und eine internationale Exekutive aufstellt.

Im übrigen hat der General von Seeckt die Aufgabe übernommen, Herriot von jedem Verdacht zu reinigen, als habe er in seiner Schilderung von der deutschen Aufrüstungsbereitschaft übertrieben.

Einem Vertreter der „British United Press“ (damit es auch ja das ganze Ausland hört!) hat der General gerade in diesen Tagen erzählt, es gebe keine Macht der Erde, die Deutschland daran hindern könnte, wieder eine große Militärmacht zu werden. Die Welt solle nicht überrascht sein, wenn Deutschland bei der Wiederherstellung seiner bewaffneten Macht seine eigenen Methoden

anwende. Deutschland habe lange genug darauf gewartet, daß die anderen Staaten ihre Versprechungen erfüllten, die Rüstungen herabzusetzen. Die Aussichten, daß sie das Versprechen halten würden, seien sehr gering. Die Schnelligkeit der Wiederbewaffnung Deutschlands sei eine Geldfrage. Wenn Deutschland nicht finanzielle Schwierigkeiten hätte, so würde es nur sehr wenig Jahre gebrauchen, um seine militärische Stärke wiederzugewinnen.

Und dieser Mann wird von manchen für klug gehalten; er hatte auch schon mal verantwortliche Posten inne — von Republikanern dazu ausersehen. Ein bloßer Kriegshetzer!

## Wenn Einsicht der erste Schritt zur Besserung wäre...

Am Montag trat die Vollversammlung des Völkerbundes zusammen, von De Valera, dem Präsidenten der gegenwärtigen Sitzung des Völkerbundsrats mit einer düsteren Bußpredigt begrüßt unter dem Motto: „Der Völkerbund sitzt heute auf der Anklagebank der öffentlichen Meinung.“ — Die Versammlung beschäftigte sich anschließend mit der Wahl ihres Vorsitzenden (Politik; Griechenland) und der Präsident und Vizepäsident der fünf Ausschüsse, die im Zusammenhang mit der Konferenz tagen werden.

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat seine Sitzungen bis zum 10. Oktober vertagt. Dann soll über die Einberufung des Hauptausschusses der Konferenz, in dem alle Konferenzmächte vertreten sind, beraten werden. Der Grund der Vertagung des Büros ist wohl darin zu suchen, daß die auf der Tagesordnung stehenden Fragen (Verbot des Luftangriffs auf die Zivilbevölkerung und Verbot des Bombenabwurfs) bei der Abwesenheit des deutschen Vertreters nicht gut voran gebracht werden können.

## Explosion auf einem französischen U-Boot.

Auf dem französischen U-Boot „Perseus“ ereignete sich eine schwere Motorenexplosion, bei der zwei Menschen sofort getötet und über zwanzig schwer verletzt wurden. Fünf von ihnen sind in Lebensgefahr.

Die Militärschiffahrt erfordert in diesen Wochen besonders viele Opfer — wie zur Vorbereitung auf die weit größeren Verluste an Menschenleben, die eintreten werden, sobald diese Schiffe für ihren eigentlichen Zweck eingesetzt werden.

Anlässlich des vierzigjährigen Dichterjubiläums Maxim Gorkis hat das ZK der KP beschlossen, die Geburtsstadt Gorkis, Nischni-Nowgorod, in Gorki umzutauften.

Der bevorstehende Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes wird von seiten Frankreichs dementiert. Die französische Regierung versucht noch, mit der rumänischen Regierung zu einer Einigung bezüglich des russisch-rumänischen Nichtangriffspaktes zu gelangen.

Die Konvertierung der französischen Staatsrenten ist am Sonnabend beendet worden. Nur ein Prozent der Inhaber der betreffenden Papiere hat die Rückzahlung beantragt.

# Erfahrungen und Beobachtungen im Freiwilligen Arbeitsdienst.

W. H. Der Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen, Dr. Engler, der als Bezirkskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst über dessen Probleme gewiß gut unterrichtet ist, veröffentlicht seine persönliche Ansicht zu diesen Fragen in den „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. und Hanau...“ Wir geben die sehr interessanten Ausführungen auszugsweise im Wortlaut wieder (die Hervorhebungen stammen von uns):

„... Im folgenden soll in erster Linie die wirtschaftliche Seite und weniger die jugendpflegerische behandelt werden, obwohl das Wichtigste, beim Freiwilligen Arbeitsdienst, der erzieherische Wert der Arbeit und der damit verbundenen Bildungsmaßnahmen ist.“

„Heute kann festgestellt werden, daß sich überall, wo Arbeiten in Angriff genommen wurden, Dienstwillige in genügender Zahl fanden, vor allem dann, wenn der Träger der Arbeit auch von sich aus etwas für die Dienstwilligen tat... Bei näherem Zusehen finden wir, daß

der Zudrang zu den Arbeitsstellen meistens eine sehr reale Grundlage hat, und es wäre verwunderlich, wenn es anders wäre.“

### Personenkreis.

... Die arbeitslosen Jugendlichen, die keine Unterstützung erhielten, und die Jugendlichen, die kurz vor der Aussteuerung standen, waren es, die sich zum Arbeitsdienst drängten.

Es ist damit zu rechnen, daß sich jetzt sehr viele Personen, auch aus den Kreisen der studierenden Jugend und der Absolventen höherer Schulen, ferner Söhne von Landwirten und Handwerkern in der Erwartung melden, daß sie sich auf einige Zeit eine, wenn auch nur geringe Einnahme verschaffen können. Finanzpolitisch ist dabei zu beachten, daß auf diesem Weg Personen aus öffentlichen Mitteln eine Einnahme erhalten, denen sonst keine Unterstützung zustehen würde.

Bei der Ausführung der Arbeiten entstehen dem Träger für Materialbeschaffung u. s. w. noch wesentliche Kosten, und bei einer Kürzung der Förderungssätze muß in den meisten Fällen auch an die Dienstwilligen noch eine zusätzliche Leistung gegeben werden. Dazu sind sehr viele Gemeinden nicht in der Lage.

Die Ausbreitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes ist in den einzelnen Gebieten sehr verschieden. Im Landesarbeitsamtsbezirk Hessen, der in der Anwendung des Freiwilligen Arbeitsdienstes mit an der Spitze steht, sind nach der letzten Statistik auf 678 Arbeitsstellen 16 950 Leute beschäftigt.

### Art der Arbeiten.

Die meisten Arbeiten sind durch den Freiwilligen Arbeitsdienst geleistet worden. Es wurden in vielen Stellen Bodenverbesserungen, Einrichtungen für die Gesundheitspflege u. s. w. durchgeführt, die jetzt anders nicht zu schaffen gewesen wären. Die einschlägige Verordnung bestimmt, daß nur solche Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden dürfen, die weder in der freien Wirtschaft noch in Form von Notstandsarbeiten ausgeführt werden können. Die Arbeiten sollen zusätzlich und für das Volksganze wertvoll sein... Die gegenwärtige Finanzlage... gibt den Verwaltungen allerlei Möglichkeiten, um sich zu entlasten... Die Behörden werden angewiesen, sich an die Landesarbeitsämter zu wenden, damit die notwendigen Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden. Der Erfolg ist, daß

Gemeinden und Länder entlastet, Reich und Reichsanstalt dagegen belastet werden.

Tiefbauunternehmen werden stillgelegt, die geübten Flußbau- und Waldarbeiter werden entlassen, an ihre Stelle treten Jugendliche, die an diese Arbeiten nicht gewöhnt sind, und schließlich wird immer wieder aus der öffentlichen Hand — nur aus anderen Kassen — ebensoviel oder noch mehr bezahlt, als bei regelrechtem Gang der Dinge bezahlt worden

wäre. Dadurch entstehen über Finanzlage und Finanzgebaren leicht falsche Auffassungen, und wenn das Geld von einer anderen als der sonst zuständigen Stelle gegeben wird, wird es auch leichter angefordert.

### Arbeitsleistung.

Die Arbeitszeit beträgt dort, wo die Möglichkeit gegeben ist, für die Jugendlichen Bildungsmaßnahmen und Sportveranstaltungen durchzuführen, 6 Stunden, in anderen Fällen 7 Stunden. Der durchschnittliche Förderungssatz dürfte auch in Zukunft 1,80 Mark pro Tag betragen. Rechnet man das, was die Träger der Arbeit in einzelnen Fällen dazu geben, hinzu, so darf man für die effektive Arbeitsstunde 32—35 Pf. rechnen. In ländlichen Gebieten beträgt der Tiefbauarbeiterlohn 42—52 Pf. für die Stunde, für nicht geübte Arbeiter 10 Prozent weniger. Bei diesen Löhnen können viele Gemeinden die Arbeiten ebenso billig als Notstandsarbeiten ausführen lassen wie im Freiwilligen Arbeitsdienst. Der Förderungsbetrag beträgt bei Notstandsarbeiten 3 Mark für das Tagwerk. Die Gemeinden können dabei die Tatsache berücksichtigen, daß bei Notstandsarbeiten verheiratete Arbeiter statt der Jugendlichen beschäftigt werden... Im Landesarbeitsamtsbezirk Hessen sind gegenwärtig an 182 Notstandsarbeiten rund 4100 Arbeiter beschäftigt, ein Beweis dafür, daß versucht wird, auf beiden Gebieten die Arbeitsbeschaffung zu pflegen.

Bei Arbeiten, die für Gemeinden und Staatsbehörden unter sachkundiger Leitung ausgeführt werden, ist die Arbeitsleistung auch im Freiwilligen Arbeitsdienst überall gut; dagegen trifft dies nicht für alle Arbeiten zu, die von Vereinen ausgeführt werden... Es muß auch darauf geachtet werden, daß der Wert der Arbeit in einem richtigen Verhältnis zur Höhe der aufgewendeten Mittel steht.

Wenn aus der Kasse des Reiches bezahlt wird, kommt es an manchen Stellen nicht so sehr auf die Höhe der Kosten an.

So wurde eine Bodenverbesserung beantragt, bei der der Aufwand der Reichsanstalt allein pro Hektar 8—9000 Mark betragen hätte... Solche Anträge werden natürlich abgelehnt; es ist aber nicht zu verhindern, daß unter dem Deckmantel Arbeitsbeschaffung und Jugendpflege wieder manches gemacht wird, was nicht notwendig wäre, und daß dabei manche Fehlleitung von Geld vollzogen wird.

Auch bei den Bodenverbesserungen besteht die Gefahr, daß jetzt mit großen Kosten Boden urbar gemacht wird, der so geringwertig bleibt, daß er bei normalen Verhältnissen nicht mehr bebaut wird.

### Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

... Einen Arbeitsmarkt für das Tiefbaugewerbe gibt es jetzt schon nicht mehr... In einer Eingabe, die dem Landesarbeitsamt aus forstwirtschaftlichen Kreisen zugeht, wird darauf hingewiesen, daß die Forstwirtschaft unrentabel sei... Es ist eine beträchtliche Anzahl von Millionen, die dem Forstfiskus in Form der Förderung von Notstandsarbeiten und im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes aus der Reichsanstalt zufließen; dabei weiß niemand, ob die Forstwirtschaft im heutigen Umfang jemals wieder rentabel wird... Große Summen sind aus der Reichsanstalt auch für Bodenverbesserungen ausgegeben worden, und die Kreise, welche immer vom Bankrott der Reichsanstalt reden, sollten nicht vergessen, daß die Reichsanstalt neben der Arbeitslosenunterstützung auch jetzt noch das meiste Geld für Arbeitsbeschaffung aufbringt; auch das, was das Reich gibt, fließt vorher von der Reichsanstalt in die Reichskasse. In den Dörfern, wo man mit Hilfe der Reichsanstalt die Feldwege in Stand setzte, Böden verbesserte, Wasserleitungen baute, sollte man auch daran denken, daß

dieses Geld zu gleichen Teilen aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommt, von denen mancher durch diese Arbeitsmethoden geschädigt werden.

So wie der Freiwillige Arbeitsdienst schon jetzt in das Tiefbaugewerbe eingreift, so wird er bei weiterer Ausdehnung oder bei längerem Fortbestand auch noch in andere Berufe eingreifen und die freie Wirtschaft zum Schaden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stören.

Mit der These: dem freien Arbeitsmarkt dürften keine Arbeiten entzogen werden, ist nichts getan. Will man diesem Wunsch wirklich Rechnung tragen, dann können fast nur unwirtschaftliche Arbeiten ausgeführt werden;

denn alle Arbeiten, die notwendig und nützlich sind, werden bei normalen Verhältnissen im freien Arbeitsverhältnis ausgeführt. Es ist beachtlich, daß Verfechter der Arbeitsdienstpflicht schon Vorschläge machen, nach welchen im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht auch Geräte und die notwendigen Baumaterialien selber hergestellt werden sollen. Schließlich könnte man sich mit all dem abfinden, wenn dadurch eine bessere Verwendung der Arbeitskräfte, ein billigerer Produktions und damit ein höherer Verbrauch ermöglicht würde. Das läßt sich aber weder mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst noch viel weniger mit der Arbeitsdienstpflicht erreichen. Wer die Arbeitsleistung beim Militär kennen lernte, wird keiner weiteren Belehrung bedürfen.

Wer die Arbeitsdienstpflicht aus militärischen Gründen will, muß das ehrlicherweise offen sagen;

hier haben wir uns mit dieser Seite der Frage nicht zu beschäftigen.

Die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben bis jetzt die Arbeitsdienstpflicht vom wirtschaftlichen Standpunkt aus abgelehnt...“

## Mehr Arbeitsdienstwillige — freiwillig oder aus Not?

Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen und die Zahl der von ihnen geleisteten Tagewerke ist bis Ende Juni von Monat zu Monat gestiegen, ohne daß aber die in der Öffentlichkeit genannte Zahl von 200 000 Arbeitsdienstwilligen auch nur annähernd erreicht worden wäre. Das rasche Ansteigen der Zahlen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Arbeitsdienstwillige	Geleistete Tagewerke
1931		
August	106	2 326
September	289	6 891
Oktober	1 450	20 958
November	5 033	71 776
Dezember	6 810	156 738
1932		
Januar	13 253	200 186
Februar	18 821	343 820
März	25 386	616 757
April	37 967	636 441
Mai	53 300	1 028 753
Juni	70 444	1 452 474

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

92) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Ebert entläßt die Unabhängigen und läßt ihnen nur eine kurze Frist, nach der sie ihm ihre Erklärung zu überbringen halten.

Sodann setzt er sich mit Dr. Solf und Haubmann, die auch die prinzipiellen Adressen stilisierten, an den Tisch und verfaßt seine ersten beiden Aufrufe als Reichskanzler:

„An alle Behörden und Beamten!“

... Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hunger zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten. Ich weiß, daß es vielen schwer wird mit den neuen Männern zu arbeiten, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterlande, durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.“

„An die deutschen Bürger!“

... Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden...

Mithürger. Ich bitte Euch alle um Euro-Unterstützung...

Mithürger. Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen...

Berlin, den 8. November 1918.

Ebert unterzeichnet die beiden Aufrufe, dann läßt er sich in den Reichstag zurückfahren.

### „Hier Groener...“

Die von der Peripherie anmarschierenden Arbeiterzüge haben die innere Stadt erreicht. Die gedachten Verteidigungsringe — der äußere an der Stadtbahn, der innere an Spree und Landwehrkanal — sind weggeschmolzen. Die wenigen Truppen, die nicht zum Volke übergegangen sind, haben sich neutral erklärt.

Die Züge ziehen in breitem Fluß durch die Straßen, Arbeiter, Frauen, Feldgraue, Schüller, Deserteure. Die liegegebliebenen Straßenbahnen sind plötzlich zu Rednertribünen geworden. Von den Wagendächern herunter werden Ansprachen gehalten, auf manchen stehen bewaffnete Gruppen, Soldaten und Arbeiter nebeneinander; sie lassen sich von den vorbeziehenden Massen ansehen und sehen auf die Massen hinunter.

Die ganze große Masse, die Liebknecht meinte, ist in Bewegung.

Das Eisen ist warm, es muß geschmiedet werden — zu neuen Formen.

Die Bewegung muß Richtung bekommen. Die marschierenden Kolonnen müssen das Ziel sehen.

Liebknecht hat die Nacht kaum geschlafen. Auch er und die Spartakusgruppe haben am Vorabend gemeinsam mit Ledebour einen Aufruf an die „Arbeiter und Soldaten!“ verfaßt und in den Betrieben verbreiten lassen. Seit den ersten Morgenstunden ist er unterwegs. Seine Anhänger haben ihm ein Lastauto besorgt und haben es mit Girlanden und einer Fülle roter Nelken geschmückt; am Anhalter Bahnhof, Unter den Linden, in der Leipziger Straße, an allen Ecken der Stadt taucht das rote Auto auf: bis an die Zähne bewaffnete Arbeiter, ein paar Matrosen, mitten drin Liebknecht.

Der Wagen stoppt. Liebknecht spricht:

„Kameraden, Genossen...“

Die rote Fahne weht über Berlin. Das Proletariat in der Bluse und in Feldgrau marschert. Für den sofortigen Frieden, für die Aufhebung des Belagerungszustandes, für die Öffnung

der Gefängnisse, für die Entwaffnung der gesamten Polizei. Die Berliner Arbeiter traten in der deutschen Revolution nicht an erster Stelle an. Aber sie versprechen, in der Durchführung des kommunistisch-revolutionären Programms ganze Arbeit zu machen. Mit der Abdankung von ein oder zwei Hohenzollern ist so gut wie nichts geschehen. Und mit ein paar Regierungssozialisten an der Spitze ist erst recht nichts getan!

Sämtliche militärischen und zivilen Behörden, die Fabriken und die Banken, die Verkehrsanstalten müssen durch die Arbeiter kontrolliert werden.

Wählt Arbeiter- und Soldatenräte! Und tretet für das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte mit aller Entschiedenheit und unbezähmbarem Kampfeswillen ein.

Es lebe die sozialistische Republik Deutschland!“

Das Auto mit Liebknecht fährt weiter. Und die Massen ziehen durch die Straßen und stauen sich dunkel vor den Gebäuden der alten Macht. Kleine Gruppen lösen sich aus der schweren abwartenden Menge und dringen ins Innere der Häuser ein, um die Mächtigen zu entthronen.

Das Reichsmarineamt, vom Staatssekretär der Marine, von Admirälen, Kapitänen, Kapitänleutnants, von über hundert bewaffneten Seeoffizieren besetzt, kapituliert vor einem Unteroffizier und sechs Mann.

Das Zellengefängnis Moabit wird von einem Stoßtrupp der Obleute genommen, während die aufmarschierte Demonstration draußen wartet. Der Direktor überreicht den Obleuten nach kurzem Verhandeln die Listen der politischen Gefangenen. Die Wärter schließen die Zellen auf. Die Gefangenen werden freigelassen, darunter die bei Tagesanbruch festgesetzten Matrosen.

Eine kleine Matrosengruppe holt zweihundert Militärgefangene aus dem Strafgefängnis Tegel heraus.

Ein Monteur entwaffnet eine Polizeiwache, und nachdem die Beamten die Wache verlassen haben, behängt er sich mit einem Dutzend Karabinern und ebensovielen Pistolen und sucht auf der Straße nach Leuten, die sich bewaffnen wollen.

(Fortsetzung folgt.)

# „Einigung“ im Weberkampf.

H. M. Wir berichteten neulich über ein Telegramm, das eine Gruppe des englischen Weberverbandes an die Gewerkschaftsvertreter geschickt hat, die in Manchester mit den Unternehmern über die Bedingungen der Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt haben. In diesem Telegramm hieß es:

„Euro Pflicht ist klar, nämlich: erstens, bedingungslose Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter; zweitens, keine Lohnsenkungen (davon haben wir genug); drittens, kein Mehr-Webstuhl-System. Wenn diese Bedingungen nicht angenommen werden, zögert nicht, den Konferenzsaal zu verlassen und weiter mit dem Kampf.“

Die Empfänger des Telegramms haben den Konferenzsaal nicht verlassen, sie wollen vielmehr den Kampf jetzt abbrechen. Wollen sie es tun, weil sie die drei Forderungen der Arbeiter durchsetzen konnten?

In dem Telegramm forderten die Arbeiter die bedingungslose Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter.

Es handelt sich um die 2000 Gewerkschafter, die durch Unorganisierte ersetzt worden sind, weil sie sich an die Parole der Gewerkschaften gehalten haben, den von den Unternehmern versuchten Tarifbruch zurückzuweisen. Bei Beginn des Streiks haben die Vertreter der Gewerkschaften gefordert,

daß jeder dieser 2000 Arbeiter sofort wiedereingestellt würde.

Die Durchsetzung gerade dieser Forderung wurde als außerordentlich wichtig angesehen; denn von ihr hänge es ab, ob der Bruch von Tarifverträgen künftig in England zu einer allgemeinen Erscheinung wird.

Die Einigungsformel in bezug auf diese Frage lautet:

Die Arbeitgeber verpflichteten sich, die entlassenen Arbeiter, soweit wie möglich, innerhalb von etwa zwei Monaten wieder einzustellen.

Um die Arbeitgeber zu dieser Erklärung zu bewegen, hätten nicht 200 000 Weber zu streiken brauchen. Ganz ähnliche Angebote machten die Unternehmer schon vor Beginn des Streiks.

Die zweite Forderung lautete:

Keine Lohnsenkungen.

Die Unternehmer haben ihre Forderung, die Löhne um 16 Prozent zu kürzen, aufgegeben, und sind auf zehn Prozent heruntergegangen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben eine Lohnkürzung von 6,8 Prozent angeboten. Daraufhin einigte man sich auf 8,5 Prozent.

Die dritte Forderung der Arbeiter:

Kein Mehr-Webstuhl-System.

Diese Frage soll, nach bewährter Verschleppungsmethode, einem gemeinsamen Ausschuss von Unternehmern und Gewerkschaften überwiesen werden.

Man kann nicht sagen, daß es den Unternehmern gelungen ist, all ihre Angriffe auf die Arbeiterschaft durchzusetzen. Aber die Aufgabe der Vertreter der streikenden Weber war es ja nicht, lediglich zu verhindern, daß alle Forderungen der Unternehmer durchgesetzt werden — das haben die Unternehmer gewiß selber nicht erwartet — sondern sie hatten die Aufgabe, sämtliche Angriffe zurückzuschlagen, unterstützt von den 200 000 Arbeitern, die die Betriebe verlassen haben.

Die Gewerkschaftsvertreter haben dies nicht erreicht. Dafür haben sie aber etwas anderes erreicht: sie haben sich mit den Unternehmern darüber geeinigt, daß ein ständiger Vermittlungsausschuss eingesetzt werden soll, unter der Leitung eines unabhängigen Vorsitzenden — als solcher wird zumeist etwa ein Vertreter des konservativen Arbeitsministers betrachtet — dem in Zukunft alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Webereiindustrie zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Diese Regelung soll dazu dienen,

die Gefahr weiterer Streiks einzudämmen!

Dieses traurige Ergebnis langer Verhandlungen wird den Vorständen der beteiligten Arbeitgeber-Vereine und Gewerkschaften zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Man rechnet damit, daß die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen wird — wenn die Arbeiter sich mit dem Abkommen einverstanden erklären. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie dies nicht tun, darf nicht allzu groß eingeschätzt werden: die Gewerkschaften werden ihren Mitgliedern klarmachen, daß ihre finanziellen Mittel erschöpft sind, daß die Sammlung, die vom Gewerkschaftskongress in Gang gesetzt worden ist, zwar große Summen ergeben hat, diese aber nicht hinreichen zur Unterstützung von 200 000 Arbeitern u. s. w. Und nach ihrem vierwöchigen Kampf, der mit großen Entbehrungen verbunden war, werden die Arbeiter solchen Erklärungen vielleicht keinen Widerstand entgegensetzen.

## Pressestimmen zum Agrarprogramm der Reichsregierung.

Die Pressestelle des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes bezeichnet das Programm als „Anfang“ zur „rettenden Tat“.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ bringt einen Aufsatz des Direktors der Bayerischen Landesbauernkammer, Dr. Horliacher: alles in allem genommen bedeute das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Agrarprogramm dem Grundsatz nach einen Schritt vorwärts, und es wäre nur zu wünschen, daß den grundsätzlichen Festlegungen so rasch wie möglich die Ausführung folge.

Die „Kölnische Volkszeitung“ kommt zu dem Ergebnis, daß eine derartige Kontingentierung der Einfuhr Deutschlands vom Weltmarkt verdrängen müsse. Die deutsche Ausfuhr werde weiter schrumpfen, der Konsum an Edelerzeugnissen weiter fallen und die Agrarkrise sich weiter verschärfen.

„Kölnische Zeitung“: „Was hier zugunsten der Landwirtschaft getan wird, gehört ebenfalls in diese Schublade (Wohlfahrtsstaat). Es erscheint aber politisch und ökonomisch gleich unzweckmäßig, den Wohlfahrtsstaat bei der Sozialpolitik abzubauen, um ihn bei der Agrarpolitik in gigantischem Ausmaß aufzutürmen. . . . Mehr als je begibt sich der Staat in die Sphäre der Privatwirtschaft und schaltet sich mit seinen Hoheitsmitteln in die privaten Geschäftsvorgänge ein. Das ist idemündig und tatsächlich ein Bruch im Programm der Regierung Papen.“

## Empfehlung zur Hochhaltung der Preise.

Die Hugenbergsche „Telegraphen Union“ teilt mit: Die Gemeinden haben vielfach den Eigentümern landwirtschaftlicher Betriebe die Zahlung der gemeindlichen Grundvermögenssteuer gestundet. Da angesichts der im allgemeinen gut ausgefallenen Ernte die Gefahr (!) nahe liegt, daß die Preise (insbesondere des Getreides) in einer für die Volkswirtschaft (!) schädlichen Weise gedrückt werden, empfehlen, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, die preussischen Minister des Innern und der Finanzen in einem gemeinsamen Runderlaß an die nachgeordneten Behörden den Gemeinden, deren Finanzlage dies nur irgend zuläßt, in Schwierigkeiten befindlichen Steuerzahlern auf Antrag die Abtragung der Steuerrückstände für ihre landwirtschaftlichen Betriebe in Raten vom 15. November bis zum Schluß des Rechnungsjahres neben der Entrichtung der laufenden Steuern zu gestatten.

Sie sagen: „in einer für die Volkswirtschaft schädlichen Weise“ und meinen: in einer für die Großagrarien schädlichen Weise. Als ob es den Proletariern etwas schaden würde, wenn sie das Brot billiger kaufen könnten!

## Neue Streikbewegung in Polen.

In der polnischen Schwerindustrie drohen neue Streiks. In Ostoberschlesien sind seit einiger Zeit Verhandlungen über Lohnkürzungen im Gange, die aber zu keinem Ergebnis geführt haben. Heute soll ein Schlichtungsausschuss die Entscheidung fällen. Vertretern der Angestellten, die eine Besprechung im Sozialministerium hatten, hat man dort versichert, daß die Behörden gegen weitere Lohnkürzungen seien und alles unternehmen würden, diese zu verhindern. Ist die Regierung der Ansicht, daß die Löhne so niedrig sind, daß sie kaum noch herabgesetzt werden können, oder will sie die Arbeiter durch derartige Zusicherungen — durch die sie sich selber ja in keiner Weise verpflichtet — beruhigen?

In einigen Betrieben, in denen die Unternehmer auf eigene Faust Lohnkürzungen vornehmen wollten, ist die Belegschaft in den Streik getreten.

Auf einigen Strecken der Schlesischen Autobusgesellschaft kam es zum Streik gegen Lohnsenkungen, der schon nach wenigen Stunden zu dem Erfolg führte, daß die Gesellschaft erklärte, vorläufig ihre Forderungen zurückziehen zu wollen. Daraufhin wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

## Parteiverbote in Polen.

Die polnische Regierung hat, wahrscheinlich durch das Umsichgreifen von Bauernaufständen veranlaßt, zwei Parteien verboten. Die eine ist die ukrainische bäuerliche Selbstpartei, die, nach Ansicht der Regierung, „kommunistischen Charakter hat und eine Staatsumwälzung vorbereitet“. Viele Führer der Partei wurden verhaftet. Die Zugehörigkeit zu der Partei ist unter strafrechtliche Verfolgung gestellt worden. Die andere Partei, die verboten worden ist, ist die nationalistische, reaktionäre „Partei des großen Polens“, die in Pommerellen einflußreich ist. In Galizien wurde diese Partei schon vor einiger Zeit verboten. In den Redaktionen der Zeitungen dieser Parteien wurden Haussuchungen veranstaltet und die Redakteure verhaftet.

## Ausdehnung des Streiks in Tschapel.

Der Streik der Seidenarbeiter in Tschapel, an dem zuerst nur 6000 Arbeiter teilnahmen, umfaßt jetzt schon 10 000 Streikende. Sechs Fabriken liegen infolge des Streiks still. Die Behörden haben ein Schiedsgericht zur Schlichtung des Konfliktes eingesetzt.

## Neue Streikerfolge.

In der Spinnstofffabrik Zehlendorf hat sich die Firma mit dem Arbeiterrat dahin verständigt, daß von dem beabsichtigten Lohnabbau (40 Prozent für die 31. bis 40. Wochenstunde) Abstand genommen wird. Die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden.

Einen besonders schönen Erfolg erzielten die Hilfsarbeiter bei der Buchdruckerei Otto Elsner in Berlin: sie streikten gegen einen Lohnabbau, der auf Grund eines für verbindlich erklärten Schiedsspruches vorgenommen werden sollte. Der Schiedsspruch wurde zwar nicht aufgehoben, aber der diktierte Lohnabbau wurde durch besondere Leistungszulagen voll ausgeglichen. Die durch den Streik der Hilfsarbeiter zum Feiern gezwungenen Drucker und Buchbinder bekommen die Streikzeit voll bezahlt, ohne diese Zeit nacharbeiten zu müssen.

In zwei weiteren kleineren Berliner Druckereien ist die Ankündigung eines Lohnabbaues zurückgezogen worden.

Auf dem Gute des Fürsten Otto von Bismarck in Schönau bei Friedrichsruh streikten die Landarbeiter, weil der Gutsherr die für die Kartoffelernte vorgenommenen Neueinstellungen — die sowieso hätten erfolgen müssen — zu Lohnkürzungen auf Grund der Notverordnung aussetzen will.

## Ein Versuchsballon für den 6. November.

Nazistimmenzahl halbiert.

In Rodensleben bei Magdeburg fanden am Sonntag Gemeindevahlen statt. Das Ergebnis ist interessant sowohl wegen des kolossalen Verlustes der Nazis als auch für die Frage, wohin die Naziwähler abgewandert sind. Die insgesamt abgegebenen 718 Stimmen verteilen sich folgendermaßen (in Klammern die Zahlen von der Reichstagswahl am 31. Juli):

Sozialdemokraten	307	(270)
Vereinigte Bürgerliche	158	(79)
Nationalsozialisten	188	(378)

Franz Oppenheimer spricht

In Berlin am Mittwoch, dem 28. September, 20.20 Uhr im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft für Industriereform“ über: „Synthese von Individualismus und Sozialismus“. Institut für Betriebssoziologie, Franklinstr. 6 (Stadtbahndation: Tiergarten, U-Bahn-Station: Knie).

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: 77 Jannowitz 5009. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

Erstklassige  
Maßarbeit

Herren - Anzüge  
Mäntel  
Damen - Mäntel  
Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG

Johannisbergstr.  
10, III.

Stilmuster  
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe

M. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27

Reinickendorf, Residenzstr. 97/98

Telefon: D 6 Wedding 2358

Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter

Damengarderobe

und

Reformkleidung

J. Fürchtenicht

Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde  
und Leser des

„Funkens“!

Unterstützt

Euro

Zeitung!

Werb. Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Gerne auch bei Einheiten

unsere Inseraten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 6471

druckt

Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen

„Ihr Apfelsaft  
schmeckt ausgezeichnet,  
senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig,  
10 Flaschen nur 5,40 Mark.

Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen

Frischkost-Reformhaus  
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

**BERLIN**

**KAMERA**

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

Ab 27. Sept.: Deschamps:  
**Der Tugendkönig**  
Chaplins Traum  
Micky Maus: Der kleine Faun  
Lupino Lane - Groleske  
Paris (Uraufführung)  
Aufangszettel: 17. 18.30 u. 20.45 Uhr

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte-Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang ablauft.“

Die Ereignisse der letzten Tage beweisen die Richtigkeit dieses von LEONARD NELSON bereits 1919 über die Demokratie gefällten Urteils. Wenige wagen es angesichts der Ereignisse der vergangenen Tage die Demokratie vorbehaltlos zu verteidigen. Doch was soll an ihre Stelle gesetzt werden? Wer sich mit der Demokratie auseinandersetzen will, der lese:

## Demokratie und Führerschaft.

Von Leonard Nelson.

8. Aufl. 1982. 176 Seit. Broschier 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

Aus dem Inhalt:

Demokratie und Führerschaft.  
„Diktatur, Parlamentarismus oder Wirtschafts-demokratie?“  
Gesundheits der Demokratie.  
Soziale Demokratie?  
Demokratie und Achtung der Misse?  
Die Weisheit der Demokratie als die Wissenschaft des Nicht-Wissens.  
Herrschaft der Weisen und demokratische Kontrolle.  
Demokratie und Führerschaft.

Die Narrenbühne.  
Erziehung zur Demokratie.  
Das Urteil der Staatsmänner.  
Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P a s t o r e v.  
Demokratie als Überwindung der Theokratie nach M a s a r k.  
Demokratie und Pachtman nach N i l l.  
Ein Kulturdokument.  
Partei-Demokratie.  
Das Ende der Demokratie.  
Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto Berlin 318 42.

# Schlaglicht auf die Folter.

## Berliner Kommunistenprozeß.

Hk. Unergiebige Verhandlungen am Montag, die keine größere Klarheit über den Hergang am 29. August schafft. Viele kommunistische Zeugen. Ermüdendes Kleingefecht mit den nationalsozialistischen Anwälten der Nebenkläger und dem Staatsanwalt, die nahezu bei jedem Zeugen bemüht sind, durch Querfragen seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern. Hinterher die stereotype Wendung des Vorsitzenden: „Der Zeuge bleibt wegen Verdachts der Teilnahme unbeeidigt.“ Von den neun Angeklagten sind sieben schon seit Stunden mit Kaugummi beschäftigt. Einige verfolgen gleichwohl mit ununterbrochener Aufmerksamkeit die Verhandlung, besonders der Hauptangeklagte Calm (der übrigens nicht kaut).

Plötzlich, als wieder die Wendung von der Nichtbeeidigung hergesagt wird, ein unterdrücktes Lachen auf der Anklagebank: daß der beteiligt sein sollte, schien den Genossen auf der Bank wohl zu lächerlich.

Vorsitzender, Landgerichtsdirektor Tolk: Was gibt's denn da zu lachen? Sie sind sich wohl des Ernstes der Situation noch nicht bewußt? Es geht um Ihren Kopf!

Von der Anklagebank: „Theater!“ „Wir sind ja unschuldig!“ „Wir wissen ja gar nicht, weshalb wir hier sitzen!“

Tolk: Dann gedulden Sie sich noch ein paar Tage, dann werden Sie's wissen.

## 15 Monate Zuchthaus für eine Ohrfeige. Die Folgen der Notverordnungs-Justiz.

Das Sondergericht verhandelte am 23. September gegen den erwerbslosen Arbeiter D r u s z b a r aus Wattenscheid. Am 18. August hatten sich im Rathaus von Wattenscheid Erwerbslose gesammelt, die Lebensmittelscheine haben wollten. Die Hungernden wurden unter Einsatz von Polizeitruppen, die aus Bochum Verstärkung erhielten, aus dem Rathaus entfernt, die das Rathaus begrenzenden Straßen wurden polizeilich geräumt. D r u s z b a r, ein schwer Kriegsverletzter, der außerdem erblich belastet ist und nach der Aussage des als Sachverständigen vernommenen Psychiaters *krankhaft erregbar* ist, befand sich unter der Menge. Mit ihm befand sich ein Bekannter des D., mit dem er sowohl am Tage vorher als auch an diesem Tage eine Auseinandersetzung hatte, die D. in große Erregung versetzte.

In dieser Erregung will der Angeklagte seinem Bekannten eine Ohrfeige habe versetzen wollen. Diese Ohrfeige hat aber den Polizeihauptmann von B r u c h h a u s e n getroffen, dem infolge des Schlages das Trommelfell zerriß. Die Verletzung ist völlig ausgeheilt.

D r u s z b a r, der an einem Wackeltremor leidet, wie wir ihn von vielen Kriegsverletzten her kennen, bot einen jämmerlichen und elenden Anblick. Er beteuerte immer wieder, daß er den Polizeihauptmann nicht habe treffen wollen! Er bedauerte den Schlag, er hat den Polizeihauptmann um Verzeihung. Die Verteidigerin wies auf das Pathologische des Falles hin, der bei dem Fehlen jeden ersichtlichen Motives sich von anderen politischen Delikten wesentlich unterschied, und der den Vorsatz einer Körperverletzung verneinen ließ. Die Anklage war auf Verletzung des § 311 der sogenannten Terror-Not-Verordnung vom 9. August gestützt, der bei tätlichem Angriff auf einen Polizeibeamten 1 Jahr Zuchthaus als Mindeststrafe vorsieht. Mildernde Umstände dürfen nicht zugebilligt werden.

Und so kam es, daß ein halb Irrender, den der Krieg und die jahrelange Not zu einem elenden Wrack gemacht haben, zu 1 Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, weil er einem anderen eine Ohrfeige gegeben hat. Wenn dieser andere kein Polizeihauptmann gewesen wäre, hätte eine Geldstrafe oder eine geringe Gefängnisstrafe verhängt werden können.

Fort mit der Not-Verordnung vom 9. August mit ihren unmenschlichen Strafen! Fort mit den Sondergerichten mit ihren unmenschlichen Urteilen!

## Wir können noch kämpfen!

„Hallo! Mensch, komm mal her! Hast du schon den neuen Anschlag gesehen? 50 Prozent Lohnabzug von 10 Stunden in der Woche und 8 Stunden weniger arbeiten!“ — „Au, das ist ja fast ein Drittel weniger Lohn!“ — „Sollen wir uns das noch gefallen lassen, Mensch?“

In der Mittagspause ist Betriebsversammlung hinten auf dem Hof! Die Sirene heult. Mittagspause! Schneller als sonst liegt das Werkzeug aus der Hand, werden die Maschinen verlassen. Alles strömt auf dem Fabrihof zusammen. Mit raschen, erregten Schritten hasten die einen herbei — langsam, fast zögernd, folgen die andern. Viele, vor allem Mädchen, sind erst vor wenigen Tagen eingestellt worden. Sicher bangen sie jetzt noch um die kaum gewonnene Verdienstmöglichkeit.

Der Betriebsratsobmann eröffnet die Versammlung. Man merkt ihm die Erregung an. Er hat schon mit der Direktion verhandelt. Aber er bringt keine erlösende Nachricht. Die Direktion zögert die Entscheidung hinaus.

Unwillige Zwischenrufe zeigen die Erregung der Kollegen; sie zeigen aber auch den Willen zum Kampf! „Streik! Streik!“ — Ruft es jemand? Oder ist das Verlangen in uns allen so stark, daß wir es zu hören verneinen?

Der Obmann ruft zur Einigkeit auf. Freudig klingt seine Stimme, als er erzählt, daß nach Kämpfen zwischen den parteipolitischen Gegensätzen im Arbeiterrat eine Einigung zustande gekommen ist. Wir wollen kämpfen, kämpfen in einer Front!

Nach ihm spricht ein kommunistisches Betriebsratsmitglied. Wie oft haben wir in Betriebsversammlungen erleben müssen, daß nun Gegensätze aufeinander platzen! Heute ist das anders! Mit heftig herausgestoßenen Worten, denen jeder die Empörung anmerkt, fordert auch dieser Kollege zum Kampf und zur Einheit auf, richtet besonders an die kommunistisch gesinnten Kollegen die dringende Bitte, Disziplin zu wahren und der Parole des Arbeiterrates zu folgen.

Nachdem noch ein Kollege vor faulen Kompromissen gewarnt hat, schließt der Obmann die Versammlung: „Morgen ist Urabstimmung! Am Montag zum Frühstück verlassen wir alle den Betrieb, wenn der Anschlag bis dahin nicht zurückgenommen worden ist!“

„Mal reißt auch unsere Geduld.“ „Auf uns wird von da drüben (Platz der Anwälte der Nebenkläger und des Staatsanwalts) dauernd gezielt.“ Dann fielen noch die Worte „Klasse“ und „parteiliche Handhabung“.

Das Ganze dauerte kaum eine halbe Minute. Dann wieder Stille. Der 18. Zeuge dieses Verhandlungstages betritt den Saal.

Die ganze Qual dieses Prozesses wurde in dieser halben Minute sichtbar: das Bewußtsein von der Aussichtslosigkeit, nach soviel Zeit zum Fortschaffen der Spuren, nach soviel Gunst seitens der Polizei die nationalsozialistischen Schützen zu überführen; die Bemühungen des Staatsanwalts um Belastung der Kommunisten; die Angst, bei den angeklagten Genossen, nach den Erfahrungen mit den Zufälligkeiten nationalsozialistischer Denunzianten, hinterhältiger Polizeimethoden hier vor Gericht neuen Zufälligkeiten ausgesetzt zu sein, von denen es abhängt, ob und wie lange sie ins Zuchthaus

# Nationalsozialistische Aufforderung zum Mord gerichtsnotorisch.

## Aber kein Strafverfahren!

Friedrich Heine, Leiter der Werbeabteilung der SPD, hatte in einer Propagandaschrift Herrn Frick die Äußerung zugeschrieben:

„Die Nacht nach dem Siege gehört euch, SA-Leute; sie wird die Nacht der langen Messer sein.“

Da Frick diese Äußerung bestritt, erhielt Heine auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 einen Strafbefehl in Höhe von drei Monaten Gefängnis. Dagegen erhob Heine Einspruch, sodaß die Sache vor das Schöffengericht Berlin-Mitte kam.

Heine erklärte, er habe sich überzeugt, daß die Äußerung über die langen Messer nicht von Frick stamme, sondern von dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten von Loers. Er habe aber in gutem Glauben gehandelt, als er Frick die Äußerung zugeschoben habe.

Das Gericht bestätigte jedoch die Strafe.

In der Urteilsbegründung wurde die Frick zugeschriebene Äußerung als ungeheuerlich, als „direkte Aufforderung zum Mord“ bezeichnet. Eine derartige Äußerung würde demnach geeignet sein, eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens herabzuwürdigen.

Danach ist es offenbar gerichtlich anerkannt, daß Herr von Loers zum Mord aufgefordert hat.

Diese gerichtliche Feststellung hat sich der Staatsanwalt angehört, ohne gegen von Loers ein Verfahren einzuleiten. Der Staatsanwalt in dieser Verhandlung war nämlich Mittelbach, der sich mit der Zweierlei-Maß-Theorie des nationalsozialistischen Oberstaatsanwalts Freiherrn von Steiner halb einverstanden erklärt hat und der gegen die nationalsozialistische Überfallgruppe von Siemensstadt, obwohl sie namentlich festgestellt war, keine Landfriedensbruchanklage erhoben hat.

Was Herrn Frick angeht, so erinnern wir an seinen Königsberger Ausspruch, der in öffentlicher Versammlung fiel

## 1 1/2 Jahre Festung wegen Verteilung von 5 Broschüren.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Sonnabend den Metallarbeiter Vogt, den Leipziger Bezirksleiter der KPD, zu einem Jahr sechs Monaten Festung, weil er vor drei Jahren an KP-Funktionäre drei „Oktober“-Hefte, ein Exemplar der Broschüre „Mobilmachung gegen Mobilmachung“ und ein Exemplar der Broschüre „Sowjetstern und Hakenkreuz“ verteilt hatte.

Ueber dieses Urteil überlassen wir das Urteil jedem Leser. Seine Fixierung würde die Leipziger Inquisition auf den Plan rufen, was wir vorläufig vermeiden möchten.

Spontan werden „Bravo“-Rufe laut. Ein wiederentdecktes Selbstbewußtsein scheint die Körper zu straffen. Wir alle fühlen so eine unüberwindliche Kraft in uns: wir stehen endlich wieder einmal geschlossen da! Als die Sirene mit lautem Heulen wieder zur Arbeit ruft, klingt uns das nicht mehr wie eine harte Forderung, sondern wie eine Bitte. Alle gehen langsamer als sonst in die Hallen hinein: „Wenn wir wollen, kann uns jetzt nichts zwingen, wieder hineinzugehen. Wir sind doch die Stärkeren, wir Arbeitsmänner!“, das leuchtet aus den graubestäubten Gesichtern der Schleifer, das scheinen alle die mit Oel und Schmutz bedeckten Gestalten zu rufen, das empfinden die beiden jungen Kollegen dort, die vor Freude schnell noch einmal mit einander boxen, bevor sie an den Schraubstock gehen.

Urabstimmung! Fast erscheint sie überflüssig. Wer zweifelt noch daran, daß die überwältigende Mehrheit der Belegschaft zum Kampf entschlossen ist? Und so ist es, wie das Ergebnis zeigt:

von 685 stimmen 656 für Streik!

6 haben sich der Stimme enthalten. 29 haben dagegen gestimmt! Trotz dieses prächtigen Ergebnisses empfinden wir ganz hinten im Halse eine Bitterkeit: 29 sind unter uns, die wollten auch das noch schlucken! Verdammt, daß solch eine Urabstimmung geheim ist! „Die könnten sich nachher auf dem Lohnbüro melden, damit ihnen ein Drittel ihres Lohnes weggenommen wird,“ meint jemand. Er hat recht!

Knapp zweieinhalb Stunden nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses hat die Direktion den Anschlag zurückgenommen. Sie hat den Kampf gar nicht erst gewagt!

Kollegen! Genossen! Wer wagt es überhaupt, uns nur ein Härchen zu krümmen, wenn wir einig dastehen?! Wenn die Kampfrufe „Freiheit!“ und „Rot Front!“ in machtvoller Harmonie durch Deutschland hallen, dann erläßt kein Papen mehr Notverordnungen, dann gibt es nur noch Notverordnungen, die eine Arbeiter- und Bauernregierung erläßt, Verordnungen, die nicht die Not vergrößern, sondern verkleinern, und mit denen ein neuer, der sozialistische Staat, aufgebaut wird! Noch können wir kämpfen und siegen! Schafft auch für diesen großen Kampf die Einheit, Genossen! Alfred Kubel.

wandern — es ist klar, daß das alles aufs äußerste quält. Daß das Verfahren von der polizeilichen Ermittlung an in der Weise quälend ist, daß der, den es betrifft, sich dem Zufall preisgegeben fühlt, das ist abscheulich.

Mit aller Energie bemühen sich die nationalsozialistischen Rechtsanwälte im Berliner Kommunistenprozeß, die Glaubwürdigkeit der kommunistischen Zeugen durch den Nachweis zu erschüttern, daß sie von Rechtsanwalt Litten durch Vorbesprechungen in ihren Aussagen beeinflusst seien. Am Dienstag beantragten die NS-Anwälte, Litten über seine Unterhaltungen mit Zeugen selber als Zeuge zu vernehmen. Litten erklärte sich bereit auszusagen, unter der Bedingung, daß er dadurch in der weiteren Ausübung der Verteidigung nicht behindert werde. Das Gericht gab dem NS-Antrag statt. Zu der von Litten gestellten Bedingung erklärte das Gericht, daß seine weitere Tätigkeit als Verteidiger von dem Ergebnis seiner Vernehmung abhängig gemacht werden müsse. Littens Vernehmung soll in einigen Tagen stattfinden.

und dem nach drei Tagen (am 1. August) die Mordüberfälle auf Königsberger Arbeiterfunktionäre folgten:

„Für Deutschland wird es ein Segen sein, wenn 10 000 oder besser noch 15 000 der marxistischen Burschen, die den Arbeitern alles versprochen und nichts gehalten haben, vom Erdboden verschwinden.“

Vor allem erinnern wir daran, daß der „Führer“ Fricks sich mit den elenden Mordbuben von Potempa solidarisch erklärt hat! Und wie steht Frick dazu?

## Nationalsozialistische „Strafexpedition“ trotz Terror-Notverordnung.

Wir hatten gestern gemeldet, daß in Berlin-Britz drei Reichsbannerleute unter der Anschuldigung, auf Nazis geschossen zu haben, verhaftet wurden. Sie sind wieder freigelassen worden. Der Vorgang, um den es sich handelte, war folgender:

Am Sonntagabend erschien vor dem Reichsbannerheim in der Rudower Straße in Britz ein SA-Mann, der den Reichsbannerleuten zu verstehen gab, daß ihr

„Laden in drei Minuten ausgeräumt werden“

würde. Kurz darauf erschienen drei Polizeibeamte und nahmen eine ergebnislose Durchsuchung des Heims vor. Während der Durchsuchung überfiel eine Horde von 80 bis 40 SA-Leuten das Heim.

Die beiden Polizeibeamten wurden von den Nazis zu Boden geworfen, der Heimleiter von ihnen umzingelt.

Er gab einige Schreckschüsse ab. Die Nazis türmten. Der inzwischen wieder auf die Beine gekommene Polizeibeamte am Tor hielt drei Nazis fest, ließ sie aber wieder laufen. Voraussichtlich wird also keiner von ihnen vor das Sondergericht kommen.

## Heraus zur Massenkundgebung! Gegen Faschismus, Sondergerichte, Presseverbote. Für überparteiliche Klassensolidarität

am Donnerstag, dem 29. September 1932, abends 7 1/2 Uhr, in Kliems Festsälen, Neukölln, Hasenheide 13—15. Redner: Dr. K. Rosenfeld, W. Eichler, R. Siewert. — Musik, Rezitationen, Sprechchöre. — Unkostenbeitrag: Erwerbstätige 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Internationale Hilfsvereinigung Groß-Berlin.

## Politische Schlägerei in Hamburg. Revolverschützen blieben unbekannt.

Am Montag abend hielten die Nationalsozialisten in der Kanalstraße in Hamburg eine Versammlung ab, zu der sich auch etwa 50 Kommunisten eingefunden hatten. Gegen 23 Uhr entstand zwischen den politischen Gegnern eine Schlägerei, in deren Verlauf auch mehrere Revolverschüsse abgegeben wurden. Ein Arbeiter erhielt einen Oberschenkeltschuß. Es soll auch noch einige Leichtverletzte gegeben haben. Die Polizei räumte den Saal und nahm drei Personen fest. Waffen wurden nicht gefunden. Von welcher Seite geschossen worden ist, steht ebenfalls noch nicht fest.

## Ansteckungsgefahr der Polizei gegenüber kommunistischer Gummiknüppelähmung.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in einem Runderlaß des preußischen Ministers des Innern darauf hingewiesen, daß in Kantinen, Wohlfahrtsräumen und Kuranstalten der Polizei und Landjägerzeitungen aller Richtungen, mit Ausnahme der kommunistischen Partei, ausgelegt werden dürfen.

## Berliner Magistrat gehorcht. „Mitarbeit der Selbstverwaltungskörperschaften.“

Der Magistrat der Stadt Berlin hat sich Herrn Brachts Ultimatum vollständig gefügt: er hat am Montag eine erhebliche Verminderung der Berliner Verwaltungsbezirke beschlossen; in Zukunft sollen nur noch neun Verwaltungsbezirke für ganz Groß-Berlin bestehen bleiben. Die Stadtverordnetenversammlung soll am 4. Oktober von der ihr von Herrn Bracht noch gelassenen Freiheit, „Ja“ zu sagen, Gebrauch machen. Bis zum 15. Oktober soll nach Brachts Ultimatum die Neuorganisation beendet sein.

Da Herr Bracht in seinem Ultimatum klipp und klar gesagt hat, daß er die „Reform“ auf jeden Fall, also auch dann, wenn die Stadtverordnetenversammlung nicht zustimmt, durchführen wird, würde es der Klärung der Situation dienen, wenn die Stadtverordnetenversammlung auf die Komödie ihrer „Mitarbeit an der Reform“ verzichten, und Herrn Bracht als Besoitiger der Selbstverwaltung auch offen hinstellen würde.

# Die Gefahr des Optimismus.

Wir entnehmen den Presse-Berichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes die nachstehenden Ausführungen und unterstreichen ausdrücklich die Warnung, in die sie ausklingen: Schließt nicht aus einzelnen Symptomen der Wirtschaftsbelobung auf eine wirkliche Besserung. Laßt euch durch optimistische Berichte über die Konjunktur nicht abhalten von dem Kampf gegen alle die Maßnahmen der Kapitalisten, die diese ergreifen, um auf Kosten der Arbeiterklasse über die Krise hinweg zu kommen.

Die Tatsache, daß auf dem Weltmarkt für eine Reihe von Rohstoffen in jüngster Zeit Preissteigerungen eingetreten sind, hat in vielen Kreisen zu der optimistischen Auffassung geführt, als ob damit der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise überwunden sei und eine nachhaltige wirtschaftliche Belebung eintreten würde. Diese Auffassung wird in gewissem Sinne dadurch gestützt, daß ja bekanntlich der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in erster Linie von den agrarischen Rohstoffländern her erfolgte und von vielen Seiten die Meinung vertreten wird, daß auch der Umschwung der Wirtschaft wiederum von den Rohstoffländern ausgehen müsse. Die Preissteigerungen am Weltmarkt sind dabei die

willkommene Gelegenheit, einen Optimismus zu vertreten, der leicht zu dem Ergebnis führen könnte, die Abwehrmaßnahmen gegen die Krise zu vernachlässigen,

die erst nach fast vierjähriger Dauer schwerster Depression in ein wirklich ernsthaftes Stadium geraten sind. Gewiß wird niemand behaupten wollen, daß eine Besserung der Wirtschaftslage von nachhaltiger Dauer nicht eintreten könnte, — es ist aber notwendig, gerade die Tatsachen zu unterstreichen und besonders in den Vordergrund zu stellen, die einen Optimismus, der leicht verhängnisvolle Folgen haben könnte, zu korrigieren in der Lage sind.

Es erhebt sich in erster Linie die Frage, wie groß die Weltvorräte der wichtigsten Produkte heute noch sind, weil damit die Frage beantwortet wird, innerhalb welchen Zeitraumes eine verstärkte Nachfrage nach den Rohstoffen — die ja zweifellos die Ursache der Preissteigerungen ist — eine wirkliche Wende der Wirtschaft bedeuten könnte. Die Feststellungen über die Weltvorräte führen zu Ergebnissen, die alles andere als optimistisch sind.

Mitte 1932 betragen die Weizenvorräte in der Welt das 2/3fache der Vorräte von 1927 und mit 12 Millionen Tonnen etwa 10 Prozent der neuesten Weltermte. Die Vorräte an Zucker waren um 80 Prozent höher als 1927 und betragen mit fast 9 Millionen Tonnen 35 Prozent der Weltproduktion des letztvergangenen Jahres. Die Kaffeevorräte waren 3 bis 4 Mal so groß wie 1927 und betragen mit 1,8 Millionen Tonnen noch 65 Prozent der letztjährigen Ernte. Die noch vorhandenen Vorräte entsprechen dabei dem gesamten Weltverbrauch des Jahres 1931. Die Vorräte an Baumwolle waren um 50 Prozent größer als 1927 und betragen mit 1,8 Millionen Tonnen noch 40 Prozent der letztjährigen Weltermte. Die Vorräte an Jute waren von 1927 bis 1931 auf fast das 8fache gestiegen und ein heute vorhandener Vorrat von 750 000 Tonnen entspricht 60 Prozent der Weltproduktion des letztvergangenen Jahres. Die Vorräte an Rohseide umfassen das 30fache der letztjährigen Weltproduktion und sind fast 3 Mal so groß wie 1927. Die Kautschukvorräte sind mehr als doppelt so groß wie 1927 und umfassen 80 Prozent der Weltproduktion des letztvergangenen Jahres oder fast das 11fache der durchschnittlichen Monatsproduktion in der Welt. Die Vorräte an Steinkohlen sind heute 4 Mal so groß wie 1927, — die Vorräte an Erdöl etwa gleich groß wie 1927, umfassen damit aber noch 23 Prozent der letztjährigen Weltermte. Bei gleichbleibender Nachfrage dürfte drei volle Monate hindurch überhaupt kein Öl gewonnen werden, wenn man die Vorräte liquidieren wollte. Die Vorräte an Benzin umfassen fast 10 Prozent der letztjährigen Weltermte, die Vorräte an Kupfer sind 7 Mal so groß wie 1927 und betragen 45 Prozent der Weltproduktion von 1931. Die Bleivorräte sind heute 3 Mal so hoch wie 1930 und umfassen 13 Prozent der Weltproduktion des vorigen Jahres; um diese Vorräte zu liquidieren, müßte in der ganzen Welt zwei Monate hindurch überhaupt kein Blei produziert werden. Die Vorräte an Zink betragen das 3/4fache der Vorräte von 1927 und machen 15 Prozent der letztjährigen Produktion der Welt aus, — die Vorräte an Zinn sind 3 Mal so groß wie 1927 und erreichen 33 Prozent der letztjährigen Weltproduktion. (Die Angaben sind errechnet auf Grund von Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung.)

Diese Zahlen sind heute Ausdruck der Krise aus Ueberfluß, in der wir uns befinden.

Die Vorräte sind Hemmklotze für eine Wiederankurbelung der Wirtschaft,

und zwar um so größere, als ja nicht übersehen werden darf, daß die Weltproduktion im Laufe der letztvergangenen vier Jahre von Jahr zu Jahr zusammengeschrumpft beziehungsweise künstlich gedrosselt worden ist, so daß es selbst bei einer weitgehenden Liquidierung der heute noch vorhandenen Warenvorräte wahrscheinlich noch Jahre dauern wird, bis eine so große Nachfrage vorhanden ist, daß die Weltproduktion auf ihren ehemaligen Stand gebracht werden kann. Vorläufig sprechen alle Anzeichen dafür, daß auf eine Belebung der Rohstoffproduktion in absehbarer Zeit nicht gehofft werden kann, zumal bezüglich der agrarischen Rohstoffe wiederum günstige Ernteergebnisse gemeldet werden.

Es besteht also durchaus die Möglichkeit, daß die Weltvorräte an einzelnen Produkten sich unter Umständen noch vergrößern, statt kleiner zu werden. Außerdem dürfte auch die Tatsache vor nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, daß heute noch

sehr erhebliche Vorräte an industriellen Halb- und Fertigprodukten

in der Welt vorhanden sind, die vorläufig noch ohne große Aussichten auf Abnehmer warten. Selbst eine steigende Nachfrage wird also zweifellos viele Monate hindurch zunächst aus den vorhandenen Vorräten befriedigt werden können, ohne daß die Weltproduktion, die, — wenn auch auf stark zusammengeschrumpfter Basis — dennoch weiter läuft, einen Auftrieb erfahren wird, der zur Neueinstellung von Arbeitskräften führt. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß von einer wirklichen Belebung der Wirtschaft oder gar

einer Wirtschaftswende erst dann gesprochen werden kann, wenn der Abbau der Arbeitslosenheere durch Neueinstellungen erfolgt. Erst dadurch, daß neue Kaufkraft in die einzelnen Wirtschaftsbezirke hineinströmt, wird sich ein Konjunktumschwung anbahnen können. Vorläufig ist aber die

Politik der Regierungen fast aller Staaten nach wie vor darauf gerichtet,

die privatkapitalistische Wirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren und den

Unternehmern das Ueber-die-Krise-Hinwegkommen auf Kosten der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu ermöglichen.

Dieser Kurs bestimmt immer noch die Wirtschaftspolitik und damit auch die Krisenüberwindungspolitik fast aller Staaten.

Die Arbeiterklasse muß heute ihre Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, daß Symptome, die wahrscheinlich von vorübergehender Bedeutung sein werden, nicht dazu verleiten, die wirklichen Maßnahmen zur Krisenüberwindung nicht mit aller Energie weiter zu betreiben.

## Silberstreifen am Wirtschaftshorizont?

Die Mundlos A.-G. Nähmaschinenfabrik, Magdeburg, wird am 1. Oktober voraussichtlich 100 Arbeiter neu einstellen.

Die Schokoladenfabrik Wilhelm Felsche in Leipzig hat mit ihrer Belegschaft die Herabsetzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 Stunden vereinbart; sie wird 100 Arbeitskräfte neu einstellen und so die Belegschaft gegenüber dem Stand vom 5. September um 20 Prozent vergrößern.

Die Stickstoffwerke Pöbneritz wollen am 3. Oktober 250 Arbeiter neu einstellen und so die Belegschaft um 15 Prozent erhöhen.

Die Kakao- und Schokoladenfabrik Robert Berger, Pöbneck, stellt 75 neue Arbeitskräfte ein und kürzt für einen Teil des Betriebes die Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden.

Die Rasselsteiner Eisenwerke in Neuwied-Rasselstein stellen infolge vermehrter Aufträge 250 Arbeiter neu ein.

Die Textilfabrik Gebrüder Cohn in Reichenbach wird in den nächsten Tagen 150 Arbeiter neu einstellen und gleichzeitig die Wochenarbeitszeit von 32 auf 40 Stunden erhöhen, um die Löhne senken zu können. — Werden die Arbeiter diese Lohnkürzung hinnehmen?

## Kurse und Preise.

Ueber die Entwicklung der Aktienkurse seit dem letztvergangenen Konjunkturlöhepunkt veröffentlicht das Konjunkturforschungsinstitut in seinem neuesten Wochenbericht die nachstehende interessante Tabelle, bei der die Durchschnittskurse in Prozenten des Durchschnittskurses der Jahre 1921/26 angegeben sind.

### Aktienkursbewegung 1927—1932.

	Zeit	Höchster Stand		Niedrigster Stand		Kursrückgang %	Kurs am 14. Sept. 1932	Kurssteigerung %
		in den Jahren	Kurs	1927 bis 1932	Zeit			
Deutschland	April 1927		177,4	Mitte April 1932	47,4	73	58,2	23
USA	September 1929		257,4	Anf. Juli 1932	36,6	86	62,9	72
Großbritannien	September 1929		129,8	Mitte Juni 1932	61,1	53	81,1	33
Frankreich	Februar 1929		256,3	Ende Mai 1932	96,1	63	118,5	23
Italien	Mai 1928		104,7	Anf. Juni 1932	33,6	68	43,4	29
Belgien	Mai 1928		176,1	Ende Mai 1932	45,1	74	52,5	16
Niederlande	Februar 1929		127,3	Anf. Juni 1932	21,3	81	36,7	51
Schweiz	Dezember 1928		153,6	Ende Mai 1932	45,1	71	78,3	74
Schweden	Januar 1929		199,5	Anf. Juni 1932	43,6	78	61,1	40
Tschechoslowakei	Februar 1929		159,3	Mitte April 1932	64,1	60	83,7	31
Oesterreich	März 1930		112,4	Anf. August 1932	61,1	46	70,7	16

Die Aktienkurse von Mitte September liegen also in sämtlichen Ländern über, zum Teil erheblich über dem Tiefpunkt. Die stärkste Steigerung (72 Prozent) verzeichnet unsere Tabelle für die USA. Die Kurse betragen aber dort im Durchschnitt immer noch erst ein Viertel der Kurse vom September 1929. (Man lasse sich nicht täuschen durch die Prozentziffern, die die Kursveränderungen angeben: Der Kursrückgang gegenüber dem Höchststand machte am Tiefpunkt 86 Prozent aus; seitdem haben sich die Kurse um 72 Prozent erhöht; jener Rückgang ist vom Höchststand, diese Steigerung ist aber vom Tiefpunkt aus gemessen! Aus der Ähnlichkeit der beiden Prozentziffern, die das Ausmaß der beiden Veränderungen ausdrücken, darf man also nicht etwa auf eine Ähnlichkeit des Kursstandes selber schließen!)

Deutschland gehört — manche meinen: trotz Papen; wir sagen: wegen Papen — zu den Ländern mit der geringsten Kurssteigerung. Nur in Oesterreich und Belgien ist die Steigerung noch geringer.

In dem vorsichtigen Frankreich ist die Kurssteigerung so groß wie in Deutschland. In Frankreich stehen aber — als einzigem Land! — die Kurse heute höher als im Durchschnitt der Jahre 1921/26.

Der Sturz der Rohstoffpreise in der Krise übertrifft an Schärfe zum Teil den Sturz der Aktienkurse. Wir vergleichen hier die höchsten und niedrigsten Preise einiger wichtiger Waren, wobei bemerkt sei, daß die Preise auch ohne Krise, nämlich wegen Rationalisierung der Produktion gesunken wären, allerdings nicht so stark:

### Preisbewegung 1923—1932.

	Höchster Preisstand	Niedrigster Preisstand	Preisrückgang in Prozent
Kautschuk	Juli 1925 . . . 954,64 Mark	Ende Juni 1932 . . . 33,61 Mark	96
Kupfer	März 1929 . . . 202,07 Mark	Ende Juli 1932 . . . 41,80 Mark	79
Zink	Oktober 1925 78,41 Mark	Anfang April 1932 . . . 16,53 Mark	79
Weizen	Februar 1925 34,96 Mark	Mitte Juli 1932 . . . 8,56 Mark	76
Baumwolle	Dez. 1923 . . . 331,49 Mark	Anfang Juni 1932 . . . 46,30 Mark	86

## Weitere Entlastung der Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford	Wechsel-scheine	Noten-umlauf	Giro-umlauf	Jesamt-Geld-umlauf
15. 9. 1931	1372	356	18	164	2869	4250	393	5920
23. 9. 1931	1374	298	9	141	2995	4174	540	5816
15. 8. 1932	763	187	25	107	2914	3743	339	5746
23. 8. 1932	768	144	4	93	2780	3617	353	5555
15. 9. 1932	781	145	11	118	2848	3597	413	5614
23. 9. 1932	792	146	11	108	2679	3505	358	5484

Die Devisenbilanz der Reichsbank ist auch im vorliegenden Ausweis — wie nun schon seit Mitte Juli — günstig: Die Deckungsbestände haben um 2 Millionen Mark zugenommen.

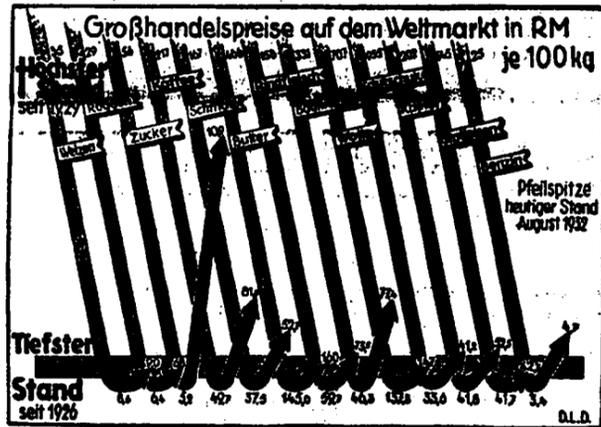
Die Ausleihungen sind in der Berichtswoche um 184 Millionen Mark zurückgegangen, so daß nunmehr sämtliche Kredite, die Anfang September neu in Anspruch genommen wurden, wieder zurückgezahlt worden sind. — Die Diskontsenkung der Reichsbank hat auf den vorliegenden Ausweis noch keinen Einfluß gehabt. Die Schrumpfung der Ausleihungen, die nun schon seit einiger Zeit im Reichsbankausweis zu bemerken ist, hat sich vielmehr auch in der vergangenen Woche fortgesetzt. Der 23. jeden Monats ist der Stichtag, der die kleinste Reichsbankbeanspruchung und den

geringsten Umlauf an Zahlungsmitteln zeigt. Seit der Bankenkrise waren die Wechseleinreichungen und der Zahlungsmittelumlauf nie so niedrig als am 23. September dieses Jahres, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

	Wechselbestand der Reichsbank	Gesamter Zahlungsmittelumlauf
1931:		
23. August	2951	5662
23. September	2995	5816
23. Oktober	3667	6053
23. November	3655	5960
23. Dezember	3740	6288
1932:		
23. Januar	3407	5973
23. Februar	3144	5834
23. März	3199	5938
23. April	2889	5789
23. Mai	2797	5633
23. Juni	2869	5640
23. Juli	2922	5681
23. August	2780	5556

Angesichts der Wirtschaftsschrumpfung ist diese Entwicklung der Wechseleinreichungen und des Zahlungsmittelumlaufs nur natürlich. Es wäre völlig verkehrt, wenn durch Diskontsenkung und andere Manipulationen diese Entwicklung aufgehalten würde, solange die Wirtschaftskrise sich noch immer verschärft.

Boy.



Wir sehen: Die wichtigsten Rohstoffpreise sind über den Tiefstand empor geklettert!

Dieser Tiefstand ist den Konsumenten in den Kleinhandelspreisen wohl nur in den wenigsten Fällen voll zu gute gekommen. Die Ueberwindung des Tiefpunktes führt also selbst bei gleichbleibendem Masseneinkommen kaum allgemein zur einer Beschneidung der Massenkaufrkraft. Es bleibt aber die Frage, welche neue Kluft sich zwischen Produktion und Konsum in denjenigen Ländern auftut, in denen bei steigenden Preisen die Massenkaufrkraft weiter gewaltsam niedrig gehalten wird.

H. H.